

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ein Überblick der wichtigsten Themen und Positionen der SPD-Fraktion der 8.Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Für weitergehende Informationen rufen Sie mich gerne an oder senden Sie mir Ihre Fragen und Anmerkungen per Mail.

Herzlichst, Ihre



Kathrin Wagner-Bockey MdL

Elektromobilität vorantreiben

Einig waren sich alle Fraktionen, dass E-Mobilität eine weit größere Rolle in der Zukunft spielen sollte und dass eine Förderung weiter vorangetrieben werden muss.

Fraktionsübergreifend wurde ein Fortschreiben der Landesstrategie Elektromobilität bei der Landesregierung erbeten. Ebenfalls Konsens ist es, weitere CO2-neutrale Mobilitätsformen wie den Wasserstoffantrieb voran zu bringen. Nach dem Willen der SPD sollen Ladestationen nicht nur flächendeckend ausgebaut werden, sondern auch nur mit regenerativem Strom betrieben werden. Wichtig sind uns auch einheitliche Anschlussysteme. Sämtliche Anträge werden im zuständigen Ausschuss weiter behandelt.

Gesundheitsschutz in Shisha-Bars sicherstellen

Auf Antrag der SPD hat die Landesregierung einen mündlichen Bericht über die gesundheitlichen Gefahren in Shisha-Bars in Schleswig-Holstein gegeben. Beim Shisha- oder Wasserpfeife rauchen, gelangen Kohlenmonoxid und Schwermetalle in die Luft. Bei unzureichender Luftzirkulation kann dies zu Vergiftungen, Bewusstlosigkeit und zum Tod führen. Bernd Heinemann (SPD) erklärte, dass Kohlemonoxid unsichtbar und geruchslos sei. Dadurch können gesundheitsschädliche Werte völlig unbemerkt, sehr schnell erreicht werden.

Unser Antrag fand ein breites Echo. Auch CDU und SSW sprachen sich für stärkere Kontrollen und bessere Aufklärung aus. Wirtschaftsminister Bernd Buchholz versprach, einen Erlass auszuarbeiten.

Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Die Zahl der Schüler in Gesundheitsberufen sinkt beständig, was u.a. an dem Schulgeld liegt, das 300 bis 400 Euro im Monat beträgt. Danach erhalten die Arbeitnehmer*innen in der Branche Stundenlöhne zwischen 11 und 15 Euro und sie erleben eine große Arbeitsverdichtung. Als SPD wollen wir erreichen, dass das Land hier handelt und die Ausbildung für die Gesundheitsfachberufe kostenfrei ermöglicht.

CDU, Grüne und FDP erkennen die Ausbildungsgebühren als Problem an und bitten die Landesregierung in einem Alternativantrag, Chancen und Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung aufzuzeigen. Ansonsten wollen die regierungstragenden Fraktionen Mittelzuweisungen aus dem Bund abwarten. Die Anträge wurden dem Sozialausschuss zur weiteren Beratung übergeben.

Kommunalen Wohnungsbau stärken

Einigkeit bestand im Parlament, dass der Wohnungsbau auch weiterhin gefördert werden muss. Die alte Landesregierung hatte hierfür bereits ein Förderprogramm von insgesamt 760 Millionen Euro aufgelegt, das Ende 2018 ausläuft. Wir fordern, dass die Wohnbauförderung auch darüber hinaus fortgesetzt wird. In unserer Antragsbegründung forderte Özlem Ünsal (SPD), dass Bund und Land nicht benötigte Grundstücke zur Wohnbauförderung kostengünstig an die Kommunen abgeben sollten. Schwerpunkt bei der Förderung muss die Unterstützung kommunaler Wohnungsbauunternehmen sein, da diese verstärkt auch öffentlich geförderten Wohnraum schaffen. Unser SPD-Antrag wurde mit den Änderungsanträgen in den Innenausschuss überwiesen.

Kirchenasyl aufrechterhalten

Die AfD forderte, die aktuellen Kirchenasyl-Fälle durch das Innenministerium prüfen zu lassen. Immer mehr Flüchtlinge suchen Schutz bei den Kirchen. Dieses Vorhaben wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Wir konnten deutlich machen, dass sich Kirchen nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen, den es nun zu überprüfen gilt. Das Kirchenasyl bietet in einer langen, christlichen Tradition denen humanitäre Hilfe, die es dringend benötigen. Es besteht eine gute Zusammenarbeit zwischen Kirche und zuständigen Behörden, um Missbrauch entgegenzuwirken.

Begleitetes Fahren mit 16 Jahren

Die Jamaika-Koalition hat zusammen mit der SPD einen Antrag zum begleitenden Fahren ab 16 Jahren eingereicht. Bereits seit 2005 dürfen Schleswig-Holsteiner Jugendliche ab dem 17. Lebensjahr in Begleitung eines Erwachsenen hinter dem Steuer sitzen. Das Fahren unter Aufsicht hat sich als voller Erfolg herausgestellt. Aus diesem Grund soll dies nun schon ab dem 16. Lebensjahr möglich sein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die größte Hürde befindet sich in Brüssel: Die EU sieht zurzeit ein Mindestalter von 17 Jahren für den Führerschein vor. Der Antrag wurde an den Europaausschuss übergeben.

Werbung für Schwangerschaftsabbrüche

Der Landtag hat auf AfD-Antrag darüber beraten, ob Ärzte darüber informieren dürfen, dass sie ggfs. Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Laut Paragraf 219a des Strafgesetzbuches, ist das Werben für Schwangerschaftsabbrüche verboten. Die AfD möchte dies auch weiterhin verbieten und rückte in ihrer Argumentation eine Abtreibung in das Wertesystem zur NS-Zeit, wo jedes Leben willkürlich beendet werden konnte.

Eine Ärztin aus Hessen wurde im letzten Jahr zu einer Geldstrafe verurteilt, da sie Informationen über Abtreibungen auf ihrer Homepage bereitgestellt hatte. Während die AfD für die Beibehaltung des Paragrafen plädiert, haben SPD und SSW die Aufhebung gefordert.

Der Antrag der AfD wurde aufgrund fehlender Zustimmung im Landtag nicht an einen Ausschuss weitergeleitet, unser gemeinsamer Antrag mit dem SSW wurde in die zuständigen Ausschüsse (Innen- und Recht und den Sozialausschuss) überwiesen.

Fonds für Barrierefreiheit

Mehr gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderung, soll durch neue Fördermittel ermöglicht werden. Ende 2015 lebten mehr als 545.000 mit Behinderung in Schleswig-Holstein. Der neue Fonds des Landes wird bis 2022 mit insgesamt zehn Millionen Euro ausgestattet. Daraus sollen Modellprojekte zur Barrierefreiheit finanziert werden. Der Antrag auf Einrichtung des Fonds wurde einstimmig angenommen.

Weiter Informationen finden Sie unter: <http://www.spd.ltsh.de/newsletter>